

Infoparlament

NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ WINTERSESSION 2017

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen mit diesem Infoparlament eine Übersicht der europapolitischen Vorlagen der Wintersession des National- und Ständerats zu schaffen. Während dieser Session werden einige wichtige aussenpolitische Entscheide zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union getroffen.



Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen die wichtigsten europapolitischen Fragen der Wintersession 2017 vorstellen zu dürfen.

Nachdem der Bundesrat sowie der Nationalrat darauf verzichtet haben, einen Gegenvorschlag zur RASA-Initiative zu unterbreiten, liegt der Ball nun beim Ständerat und bei den RASA-Initianten ([17.030](#)). Es ist an Ihnen, liebe StänderätInnen, einen eigenen Gegenvorschlag zu RASA auszuarbeiten und damit eine klärende Abstimmung zur Personenfreizügigkeit herbeizuführen.

Ebenfalls ein wichtiges Geschäft ist die Vollasoziiierung an Erasmus plus ab dem Jahr 2021! Der Bundesrat wird darin beauftragt, die Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) schnellstmöglich wieder aufzunehmen, damit die Schweiz ab 2021 wieder voll an das EU-Programm Erasmus plus assoziiert ist. Alles andere wäre ein fahrlässiges Spiel mit der Zukunft unserer Jugend, denn Erasmus plus ermöglicht wertvolle Auslands- und Weiterbildungserfahrungen.

Zu guter Letzt hat der neue Bundesrat Ignazio Cassis Anfang November sein neues Amt angetreten. Wir sind gespannt, was für Positionen er im EU-Dossier vertreten wird und ob es ihm gelingt, für die Schweiz sinnvolle Resultate zu erzielen. Es ist zu wünschen, dass er es schafft, das Land von seiner Trägheit zu befreien, die Europäische Integration sicherzustellen und weiterzuentwickeln und die europäischen Werte offen zu verteidigen. Damit die im Herzen Europas liegende Schweiz weiterhin gedeihen kann, ist eine dynamische schweizerische Europapolitik notwendig. Davon ist die Nebs überzeugt.

KALENDER

NR: behandelt vom Nationalrat

SR: behandelt vom Ständerat

Hauptobjekte **mit fettem Text** gekennzeichnet

1. Woche		
27/11/2017 14.30-19.00	NR	Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020 (<u>17.031</u>)
		Mo. Ständerat (WBK-SR). Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021 (<u>17.3630</u>)
		Mo. Ständerat (WAK-SR). Abbau von Handelshemmnissen. Keine Abweichungen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip bezüglich optischer Darstellung von Produktdeklarationen (<u>17.3623</u>)
		Mo. Ständerat (WAK-SR). Abbau von Handelshemmnissen. Anerkennung von in der EU durchgeführten Produktprüfungen (<u>17.3624</u>)
2. Woche		
05/12/2017 08.15-13.00	SR	Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Übernahme der Verordnung (EU) 2016/1624 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (<u>17.033</u>)
06/12/2017 08.15-13.00	SR	Ip. Vonlanthen. Umsetzung des "Inländervorrangs light": Rechtzeitige Verfügbarkeit einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur in den RAV (<u>17.3726</u>)

<p>07/12/2017 08.15-13.00</p>	<p>SR</p>	<p>Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten. Volksinitiative (17.030)</p>
<p>3. Woche</p>		
<p>11/12/2017 15.15-20.00</p>	<p>SR</p>	<p>Mo. Föhn. Gleich lange Spiesse für Schweizer Holzexporteure gegenüber ihrer europäischen Konkurrenz (17.3855)</p>
<p>13/12/2017 08.00-13.00</p>	<p>NR + SR</p>	<p>Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Zusatzvereinbarung zum Fonds für die innere Sicherheit (17.061)</p>

WICHTIGE GESCHÄFTE

NATIONALRAT

Montag, 27. November 2017, 08.15 – 13.00

Motion. Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021 (17.3630)

Status: Motion an 2. Rat.

Text: «Der Bundesrat wird beauftragt, die Verhandlungen mit der EU schnellstmöglich wieder aufzunehmen, damit die Schweiz ab 2021 wieder voll an das EU-Programm Erasmus plus assoziiert ist.»

Kommentar: *Da die Masseneinwanderungsinitiative nicht mit der Personenfreizügigkeit kompatibel ist, wurde die Teilnahme der Schweiz an Erasmus plus ausgesetzt. Die Übergangslösung welche durch den Bundesrat in der Folge erarbeitet wurde, ist einem im Ausland derart geachteten Bildungssystem wie dem Schweizer Bildungsmodell nicht würdig. Die Übergangslösung, die bis Ende 2017 gültig ist, stellt bereits jetzt Tausende von Jugendlichen, Lernenden, Studierenden und Fachpersonen aus der Schweiz unnötigt schlechter. Dadurch werden diesen Menschen Erfahrungen verunmöglicht, welche in der heute globalisierten Welt sehr wichtig sind.*

Nur langfristige Lösungen und eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der EU über Erasmus plus gewähren den Schweizer und den ausländischen Studierenden die volle Teilnahme an Austauschprogrammen, welche auch für die Zukunft der beiden Partner wichtig sind. Für die Schweizer Bildung und Forschung ist Erasmus plus entscheidend, da es die Entwicklung von grenzüberschreitenden Projekten und Netzwerken fördert. Deswegen unterstützt die Nebs diese Motion.

STÄNDERAT

Donnerstag, 7. Dezember 2017, 08.15 – 13.00

Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten. Volksinitiative (17.030)

Status: Behandelt vom Nationalrat.

Text : « Die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten» wurde am 27. Oktober 2015 eingereicht. Sie verlangt, dass die seit dem 9. Februar 2014 geltenden Verfassungsbestimmungen zur Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a und 197 Ziff. 11 BV) ersatzlos aufgehoben werden. Gemäss den Initiantinnen und Initianten dient die Volksinitiative insbesondere dem Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU, falls diese durch die Umsetzung von Artikel 121a BV gefährdet würden. Für diesen Fall soll das Stimmvolk über den Fortbestand des FZA und damit der bilateralen Verträge mit der EU entscheiden können. Neben wirtschaftlichen Gründen sprechen nach Ansicht der Initiantinnen und Initianten auch der Erhalt des Forschungsstandorts Schweiz, die Sicherung der Gesundheitsversorgung sowie kulturelle Gründe für den Beibehalt der bilateralen Beziehungen mit der EU. »

Kommentar: *Eine verfassungsrechtliche Klärung der Personenfreizügigkeit und des von ihr abhängenden Bilateralen Weges durch eine erneute Abstimmung ist unbedingt notwendig. Durch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative durch das Parlament und das gescheiterte Referendum dagegen wurde eine personenfreizügigkeitskompatible Lösung gefunden, welche von der EU so akzeptiert wurde. Trotzdem bedauert die Nebs den Entscheid des Bundesrats und Nationalrats, auf die Formulierung eines Gegenvorschlags zu RASA zu verzichten. Jetzt ist es am Ständerat, einen eigenen Gegenvorschlag zu RASA zu erarbeiten und damit eine klärende Abstimmung zur Personenfreizügigkeit herbeizuführen.*

Kontakt und Informationen



Martin Naef
Co-Präsident der Nebs
martin.naef@europa.ch



François Cherix
Co-Präsident der Nebs
francois.cherix@europa.ch



Lukas Wegmüller
Generalsekretär der Nebs
Tel. 031 302 35 36
lukas.wegmueller@europa.ch



Raphaël Bez
Stellvertreter Generalsekretär der Nebs
Tel. 031 302 35 36
mailto:raphael.bez@europa.ch

Neue Europäische Bewegung Schweiz

Scheibenstrasse 29, Postfach 481

3000 Bern 22

Tel. 031 302 35 36

www.europa.ch

